



Kurzb e r i c h t

über die

135. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 29. Juni 2016,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm folgende Berichte des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten entgegen:

- **Abwicklung des Haushaltstitels 0402 - 686 03 Förderung von olympischen und paralympischen Wettkämpfen und sonstigen Maßnahmen im Rahmen der Olympiabewerbung 2024**, Antrag der Abgeordneten Petra Nicolaisen (CDU), [Umdruck 18/6235](#).
- **Kritik des Bundesministeriums des Innern an der schleswig-holsteinischen Flüchtlingspolitik**, Antrag des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP), [Umdruck 18/6106](#).
- **Beabsichtigte Ernennung von Polizeianwärtern, gegen die schwere Vorwürfe von Sexismus und Rassismus geprüft werden**, Antrag des Abgeordneten Dr. Patrick Breyer (PIRATEN), [Umdruck 18/6314](#).

Gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag den **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein**, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/385](#), zur Ablehnung.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer**, [Drucksache 18/4064](#), führte der Ausschuss ein Gespräch mit Innenministerium und Unabhängigem Landeszentrum für Datenschutz. Das Ministerium sicherte zu, noch offene Fragen schriftlich zu beantworten. Der Ausschuss nahm in Aussicht, sich in seiner nächsten Sitzung abschließend mit dem Tagesordnungspunkt zu befassen, sodass die Zweite Lesung im Juli-Plenum stattfinden kann.

Die Fraktion der PIRATEN erklärte, dass sie sowohl den **Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts behinderter Menschen**, [Drucksache 18/607](#), als auch den **Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung dokumentenechter Stifte in Wahlzellen**, [Drucksache 18/2622](#), zurückzieht.

Der Antrag der Fraktion der PIRATEN **Bundesratsinitiative zur Stärkung der Freiheit und der Privatsphäre im Internet**, [Drucksache 18/195](#), wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Gesetzentwürfe zur **Änderung des Landesbeamtenrechts** ([Drucksache 18/1247](#) und [Drucksache 18/3154](#)) sollen in der kommenden Sitzung des Ausschusses abschließend beraten werden, sodass die Zweite Lesung im Juli-Plenum stattfinden kann.

Ebenfalls in der kommenden Woche soll der **Gesetzentwurf über den Vollzug der Freiheitsstrafe in Schleswig-Holstein und zur Schaffung eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes**, Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/3153](#), in Anwesenheit von Vertretern des Justizministeriums abschließend beraten und für die Zweite Lesung im Juli-Plenum angemeldet werden.

Terminplanung		
6. Juli 2016	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Landeshaus
8. Juli 2016	12 Uhr	Anmeldeschluss Juli-Plenum
13. Juli 2016	10 Uhr - 12 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Ankunfts-zentrum Neumünster
	14 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses im Landeshaus
20. - 22. Juli 2016		Juli-Plenum
25. Juli 2016 - 4. September 2016		Sitzungsfreie Zeit

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder